

# Posener Zeitung.

Siebenundsechzigster Jahrgang.

Nr. 806.

Der Abstand zwischen der vorigen Ausgabe und dieser ist so groß, daß es  
nicht möglich ist, die ganze Ausgabe für den Monat November zu beschreiben.  
Die Beiträge sind in den entsprechenden Nummern des vorherigen Jahrgangs  
enthalten.

Dienstag, 17. November  
(Erscheint täglich drei Mal.)

1874.

## Telegraphische Nachrichten.

Haag, 16. November. Nach einer hier eingegangenen amtlichen Meldung aus Aichin vom 8. d. haben die holländischen Truppen neuerdings mehrere befestigte Stellungen der Aichinesen genommen und drei Ortschaften besetzt. Die Vertheidigungslinien von Bedir befinden sich vollständig in der Gewalt der Holländer. Der Verlust derselben betrug nur 19 Verwundete, die Aichinesen hatten 60 Tote.

Rom, 16. November. Ueber den Ausfall der Nachwahlen wird gemeldet: In Rom ist Garibaldi in zwei Kollegien gewählt worden; in den drei anderen Kollegien wurden zwei Kandidaten der Linken und ein Kandidat der Rechten gewählt. In Florenz, Mailand, Genua, Livorno und Turin sind sämtliche Kandidaten der Rechten, in Venetia zwei Kandidaten der Rechten und ein Kandidat der Linken, in Bologna zwei Kandidaten der Rechten und ein Kandidat der Linken und in Neapel ein Kandidat der Rechten, sieben Kandidaten der Linken und ein keiner bestimmte Parteirichtung angehöriger Abgeordneter gewählt worden. — Garibaldi ist in Mailand unterlegen. Ebenso ist der Republikaner Sassi in Lugo, Forlì und Verona geschlagen. Niccolini, Peruzzi und Lamarmora sind wiedergewählt worden. Von den bisher bekannten Nachwahlen sind 101 zu Gunsten der Rechten und 44 zu Gunsten der Linken ausgefallen.

London, 16. November. Gegenüber der von gewisser Seite versuchten Auslegung der jüngst in Guildhall von Disraeli gehaltenen Rede, wonach man in derselben eine Anspielung auf das geistliche Verfahren gegen den Grafen Arnim erblicken wollte, ist die "Times" ernächtigt, bestimmt zu erklären, daß Disraeli bei seiner Rede durchaus nicht an die Angelegenheit des Grafen Arnim gedacht habe und auch nicht denken konnte, da die Verhaftung des Grafen Arnim keineswegs eine willkürliche, sondern eine gesetzliche Maßregel war. — Die Morgenblätter melden über Montevideo vom 12. d. aus Buenos-Ayres, daß die zur Erfüllung des Insurgentenfondes ausgesandten Kriegsschiffe der Regierung nach Buenos-Ayres zurückgekehrt sind, ohne ein Geschäft mit den Insurgentenschiffen bestanden zu haben. Auch von den beiderseitigen Landstreitungen sind keine neuen Bewegungen ausgeführt worden. — Die "Times" veröffentlicht eine Zuschrift, in welcher mitgetheilt wird, daß schon zur Zeit des vatikanischen Konzils der Minister Gladstone den Erzbischof Manning auf die verderblichen Folgen der Infidilitätsverklärung aufmerksam gemacht habe. — Lord Acton erklärt in einer Zeitschrift an hiesiger Journale, daß die Nachricht von seiner Beteiligung an dem Plane, eine altkatholische Gemeinde in England zu konstituieren, der Begründung entbehre.

Washington, 16. November. Nach dem von dem Schatzmeister der Vereinigten Staaten, F. E. Spinner, vorgelegten Ausweise betragen die Jahreseinnahmen 762 Mill. Doll., worunter sich die neue Anleihe von 439 Mill. befindet. Die Ausgaben beziffern sich auf 742 Millionen, darunter 531 Millionen zur Schuldenabzahlung.

## Deutscher Reichstag.

## 11. Sitzung.

Berlin 16. Novbr. 11 Uhr. Am Tische des Bundesrates Delbrück, Cambrai, v. Friesen, v. Mittnacht, Geh. Rath Michaelis u. später Fürst Bismarck.

Ein Schreiben des Reichskanzlers betreffend die Ermächtigung des Reichstags zur strafrechtlichen Verfolgung des Advovalot Fischer II. in Hannover auf Antrag der vorigen Kronanwaltschaft wegen Beleidigung des Reichstags wird der Geschäftsausschuss-Kommission überwiesen. Ein zweites Schreiben des Abg. v. Heereman erkennt an, daß sein Mandat durch seine Beförderung im Staatsdienst erloschen sei, wodurch jede Prüfung seiner vor dem geäußerten Zweifel überflüssig und die Sache erledigt ist. Es wird daher im Wahlkreis Münster-Lübbecke eine Neuwahl stattfinden.

Das Haus tritt nunmehr in die erste Berathung des Entwurfs eines Bankgesetzes ein und es verlautet unter der gespannten Aufmerksamkeit des Hauses zunächst Präsident Delbrück das Wort:

Dieser Gesetzentwurf ist veranlaßt durch einen Besluß des Reichstags und des Bundesrates; der Bundesrat beauftragte das Reichskanzleramt mit der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs. Am 20. Mai v. J. fasste der Reichstag eine Resolution, in welcher der Reichskanzler aufgefordert wurde, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Birkulationsnoten der nicht mit Metall gedeckten Noten und die Befreiung zur Ausgabe derselben begrenzen und über die Errichtung einer Reichsbank entscheiden sollte. Das Reichskanzleramt konnte sich nicht vernehmen, daß die Opportunität einer Vorlage im jetzigen Augenblick vollauf erscheinen könnte. Zunächst gingen die Meinungen über die Regelung der Bankfrage nach allen Richtungen hin noch weit auseinander. Sodann sind durch Art. 8 des Münzgesetzes die Banknoten verpflichtet worden, bis zum 1. Januar 1876 ihre Noten umzuwandeln in Noten auf Reichsmark lautend, und mindestens im Betrage von 100 Reichsmark. Die Ausführung dieser Bestimmung hatte im Banknotenumlauf und Bankgeschäft sehr wesentliche Veränderungen hervorgerufen. Es waren bis zum Ende des vorigen Jahres 178½ Millionen Thlr. in Noten im Umlauf, welche auf geringere Beträge als 100 Mark lauteten. Von diesen wurden 78½ Millionen Thlr. auszuweichen sein, für Banknoten von 25 Thlr., weil die Differenz zwischen 25 Thlr. und 100 Mark nicht erheblich ist. Es ist anzunehmen, daß das Birkulationsbehörft, welches jetzt die 25 Thaler-Noten festhält, später auch die 100 Mark-Noten festhalten wird. Anders hingegen verhält es sich mit dem Rest von 100 Millionen Thlr. Banknoten unter 25 Thlr., die auf 1, 5, 10 und 20 Thlr. lauten. Die Verkehrsbefürchtungen, in welchen sich diese kleineren Noten bewegen, werden Noten von 100 Mark nicht zulassen; es wird also durch die Umwandlung der Noten eine Verminderung des Banknotenumlaufes eintreten. Es würde nun unzweckmäßig von großem Nutzen sein, die volle Wirkung dieser Maßregel abzuwarten. Deshalb entschieden sich das Reichskanzleramt und die Mehrheit der verbündeten Regierungen darüber nicht unzweckmäßig zu sein, daß eine gesetzliche Regelung der Bankfrage unabdingt jetzt in die Hand zu nehmen sei. Es war dabei nicht sowohl

entscheidend der mehr formelle Grund, daß das Gesetz vom 27. März 1870, welches die Erteilung neuer und die Erweiterung bestehender Bankprivilegien einschränkt, nur bis zum Schlusse dieses Jahres verlängert ist. Es war nicht einmal entscheidend, daß in dem zweitgrößten Bundesstaat ein Zustand geschaffen ist, der den Verkehrsinteressen entschieden nicht entspricht. Die königliche bayerische Regierung hat die Freiheit, welche zwischen der Bildung des Reiches und der Einführung dieses Gesetzes in den süddeutschen Staaten verflossen, nicht dazu benutzt, wie es in Württemberg und Baden geschehen ist, für eine Erweiterung des in Bayern bestehenden Bankinstituts oder die Errichtung eines neuen zu sorgen, weil sie mit vollem Recht davon ausging, daß in nicht allzu langer Zeit die Regelung der Frage im reichsgelehrten Wege erfolgen würde. Eine weitere Verschiebung der Regelung dieser Frage würde unvermeidbar die bayerischen Interessen schädigen. Der entscheidende Grund lag in dem festen und in allen Städten erkannten und festgehaltenen Zusammenhang zwischen der Regelung des Münzwesens und der Banknoten. Denn diese letzteren bilden neben dem gemünzten Gelde einen Theil des Kassenbestandes des Publikums. Ich sage Ihnen nichts Neues, wenn ich ausspreche: daß Produktionsgeheimniß unserer Zeit besteht darin, keine Binsen zu vertlieren, mit anderen Worten, keine müßigen Kassenbestände zu haben. Wir in Deutschland sind in dieser Beziehung noch weit zurück. Alle solche Anlagen müßiger Kassenbestände in internationalen Werthen, ausländischen oder inländischen Waaren u. s. w. affizieren direkt oder indirekt den Handel und wir haben insofern auf eine Ausgleichung der durch solche Anlagen geführten Handelsbilanz hinzuwirken. So lange wir die Silberwährung hatten, war für den Bestand unseres Münzwesens diese Tendenz weniger gefährlich. Die Silberwährung hielt uns fern von dem Schwanken, welches das Zu- und Abströmen in dem internationalen Verkehr auf den Metallbestand des Landes ausübt. Sobald wir aber in die Goldwährung eintraten, war unser Gold sofort den Strömungen ausgesetzt, die von einem Lande zum andern gehen und eine Ausgleichung der Handelsbilanz in Metall notwendig machen. Diese Rücksicht machte die Vorlage dieses Gesetzes dringend notwendig; denn wir müssen dafür sorgen, daß wir durch die Fortdauer der bestehenden Zustände in der Bankgeschäftszugebung nicht in die Gefahr kommen die mit Mühe angebaute und noch nicht ganz hergestellte neue Währung aufs Spiel zu setzen.

Es wird hier der Ort sein, über den Gang der Ausführung unseres Münzgesetzes einige Worte zu sagen. Wir haben es uns der Natur der Sache nach zur ersten Aufgabe gemacht, für einen starken Vorrath von Goldmünzen zu sorgen, der die notwendige Grundlage zur Durchführung der neuen Währung ist. Es gehört aber auch eine erhebliche Menge von kleineren Scheidemünzen dazu, um die neue Währung ins Leben und ins Volk zu bringen. Wir sind also demnächst dazu übergegangen theils Silbermünzen von 1 Mark und 20 Pfennigen, theils Nickel- und Kupfermünzen, in starkem Umfang zu prägen, ohne dabei die Prägung von Goldmünzen gänzlich zu verzögern. Wir hatten am Schluß des vorigen Monats ausgeprägt 362 Millionen Thaler in Gold; davon befanden sich in Spanien 40 Millionen. Von den übrig bleibenden 322 Millionen sind ferner in Abzug zu bringen die in gewissen Grenzen der Schwankung unterliegenden Beträge, welche dauernd in den Banken liegen. Der Baarvorrath in den deutschen Banken mit Ausnahme der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank betrug am Schluß des September 289½ Millionen, ein Theil davon natürlich in Barren. Nun wird auf eine unbedingte Fortdauer eines Baarvorrathes von dieser Höhe, namentlich im Hinblick auf die Beschränkung des Banknotenumlaufes, nicht auf die Dauer zu rechnen sein. Noch weniger ist mit Bestimmtheit zu sagen, welcher Theil dieses Baarvorrathes stets in Reichsgoldmünzen bestehen wird. Soweit man schließen kann, bedarf sich der Baarvorrath an Reichsgoldmünzen in den Banken auf ungefähr 150 Millionen. Es würden also noch im Umlauf sein 172 Millionen Thaler in Gold. Davon ist zunächst ein Theil bestimmt diejenigen Umlaufsmittel zu ersetzen, welche seit Erlass des Münzgesetzes aus dem Verkehrs zurückgezogen sind. Es sind zunächst an Goldmünzen 30.800.000 Thlr., an silbernen 2-Thalerstückchen 6 Millionen Thaler, in Kronen- und Konventionsthaler 3.790.000 Thaler; in Zweigdenominierungen 8.400.000 Thaler und in 1-Thalerstückchen 19.020.000 Thaler, zusammen 68 Mill. Thlr. Ich lasse absichtlich die unter einem Thaler stehenden Münzen, welche wir eingezogen haben, aus; sie betragen beiläufig 11 Millionen Thaler. Es werden ferner im Laufe des nächsten Jahres infolge gesetzlicher Bestimmungen außer Verkehr treten 9 Millionen Thlr. bis herigen Staatspapieren; es sind das die 9 Millionen Thlr., welche die Differenz zwischen Reichspapierge und dem früheren Staatspapiergebilde bilden. Macht man alle diese Abzüge, so bleibt an Reichsgoldmünzen ein Bestand von 95 Mill. Thlr. Hiervorr würden noch in Abzug zu bringen sein eine Summe, die nicht beffert werden kann; es sind das die 20-Francstücke, die bekanntlich bis vor nicht langer Zeit im Süden und Westen Deutschlands in nicht unbedeutlicher Weise umliefen und in Elsaß-Lothringen die Grundlage des gesammten Verkehrs bildeten. Diese 20-Francstücke sind jetzt ganz verschwunden und müssen ersetzt werden. Ich glaube Ihnen hiermit gezeigt zu haben, daß wir mit der Ausprägung von Gold gegenüber denjenigen Entwicklung, die theis schon in diesem Jahre, theis im nächsten Jahre bevorstehen, nicht im Mindesten über vorsichtige Grenzen hinausgegangen sind; im Gegenteil, ich glaube, daß die von mir angegebenen Zahlen unzweckmäßig beweisen, daß wir alle Ursache haben, dafür zu vernehmen, daß die Differenz zu erhalten. Die Ansichten, welche über die Goldausfuhr in der Presse laut geworden sind, halte ich für durchaus übertrieben. Abgesehen davon, daß selbst die sichersten Tabellen der Ein- und Ausfuhrziffern immer nur relative Geltung haben, kann ich auch aus diesen Notizen gar nicht eine solche Überzeugung gewinnen. Das schließt aber nicht aus, daß wir vor der Gefahr stehen würden, bei der Fortdauer des jetzt bestehenden Zustandes der Bankgeschäftszugebung recht erheblich einzuhüpfen und zwar in einem Grade, welcher die Einführung unserer Münzreform in empfindlichster Weise beeinträchtigen würde.

Wir haben auf das Lebhafte zu wünschen, daß die einzelnen Banken den Übergang, der ihnen bevorsteht, zur Reichswährung und zum Minimalbetrag der Noten von 100 Mark, recht bald vorbereiten anfangen. Es ist dies von einigen Banken bereits geschehen. Die preußische Bank zieht ihre Noten zu 10 Thalern ein und wird mit den Umwandlungen der Noten noch vor dem gesetzlichen Termin vorgehen. Ein großer Theil der übrigen Banken, besonders derjenigen, deren Noten auf Gulden lauten, hat die Umwandlung ebenfalls vorbereitet. Von den anderen Banken weiß ich nichts, ich unterstelle aber damit nicht, daß sie sich nicht vorbereiten. Wir haben aber allen Anlaß, in praktischer Weise den Banken an's Herz zu legen, mit der Umwandlung nicht bis zum letzten Augenblick zu warten. Das waren die Gründe, welche uns bestimmt haben, schon jetzt den Gesetzentwurf vorzulegen, und wenn ich auf diese Opportunitätsfrage aussichtlicher eingegangen bin, als es vielleicht nötig schien, so liegt das darin, daß

in meinen Bemerkungen Manches enthalten ist, was zur Illustration der Hauptfragen dienen kann.

Indem wir nun an die Bearbeitung des Gesetzentwurfs gingen, kam es vorzugsweise auf die Befestigung zweier Nebelstände an, welche in dem bestehenden Zustande besonders lebhaft und allseitig empfunden werden: Einmal der Umstand, daß wir eine große Menge von Banknoten haben, welche eigentlich funktionsmäßig nur ein kleines Birkulationsgebiet in Anspruch nehmen können, aber über dieses Gebiet hinaus verbreitet sind. Dieser Nebelstand ist so bekannt und so allgemein empfunden, daß seine Befestigung nicht erst motivirt zu werden braucht. Der zweite Punkt trifft die Ausdehnung des ungedeckten Notenraumes. Wir haben in Deutschland eine Reihe von Banken mit ganz unbeschränkter Notenausgabe, andere Banken, deren Ausgabebefreiung zwar begrenzt ist, aber so weit sind die Grenzen gezogen, daß diese Befreiung der unbeschränkten gleich kommt; endlich besteht eine Anzahl von Banken, deren Notenemission auf den Betrag des Grundkapitals beschränkt ist. Besonders der Nebelstand der unbegrenzten Notenausgabe wird von den beliebtesten Kreisen sehr lebhaft empfunden und seine Befestigung ist eine Hauptaufgabe dieses Gesetzes, zu deren Errichtung verschiedene Wege eingeschlagen werden können. Soviel die Resolution des Reichstages vom vorigen Jahre, als auch der deutsche Handelsstand hat sich für die Errichtung einer Reichsbank ausgesprochen und Sie werden es begreiflich finden, ganz absehen von allen diesen Vorgängen, daß dem Reichskanzleramt der Gedanke einer Reichsbank nichts weniger als antipathisch war. Bald fiel der Gedanke einer Reichsbank zusammen mit der Umnutzung der Königl. Preußischen Hauptbank in eine folge. Der Umstand allein, daß diese Bank für die größere Hälfte des Reiches die Hauptbank ist, die allgemeine Anerkennung, die sich ihr Geschäftsbetrieb erworben hat, legte einen solchen Gedanken sehr nahe. Wenn man aber auf die Frage kommt, wie die preußische Bank in eine Reichsbank umzuwandeln sei, da ergaben sich sofort sehr erhebliche Schwierigkeiten, die hauptsächlich in der Stellung der übrigen Banken zu derselben bestanden. Es konnte in der That nicht wohl daran gedacht werden, über alle Privilegien einfach den Stab zu brechen und eine Zentralbank mit alleiner Notenemission zu errichten. Es handelte sich um wohlerworbene Rechte der einzelnen Banken und zugleich um die Gewohnheiten des Verkehrs, denen ihre volle Berechtigung zugestanden werden muß. Frage man ferner, wie soll die Reichsbank selbst beschaffen sein? Soll sie, was ja zulässig wäre, eine reine Reichsbank in dem Sinne sein, daß das Kapital vom Reiche hergegeben wird, soll sie eine gemischte Bank sein, wie die preußische Bank, oder soll sie ausschließlich eine Privatbank sein? Endlich kam als sehr wesentliches beachtenswertes Moment hinzu: wie hat man sich die Auseinandersetzung mit dem preußischen Staate, der ein sehr wesentliches finanzielles Interesse an der Bank hat, zu denken? Alle diese Erwägungen führten nicht dahin, in abstrakte und für alle Seiten die Errichtung einer Reichsbank zu verneinen, sie führte aber wohl dahin, daß im Gesetzentwurf, dessen Inkrafttreten in seinen Hauptbestimmungen für das nächste Jahr in Aussicht genommen worden, von dieser Gestaltung abzuweichen war. Es kam hierauf darauf an, an die bestehenden Verhältnisse anzuschließen, aber nicht etwa der Errichtung einer Reichsbank für die Zukunft Hindernisse zu bereiten. Von diesen thätsächlichen Verhältnissen abgesehen, hat sich der Entwurf in seiner Einzelbestimmung nach den beiden Hauptgesichtspunkten gestaltet. Es kam darauf an, die Banknoten zu einem allgemein zulässigen Birkulationsmittel zu machen. Geht man dabei von der Belastung der Banken aus, so ergibt sich für die Deckung der so privilegierten Noten nicht nur, daß in genügender Weise durch eine allgemeine Vorchrift, sondern auch in praktischer Weise dadurch gesorgt wurde, daß die Banken Einschlüsse zu errichten haben, daß sie wirklich unter das Gesetz gestellt werden, dadurch, daß ein Verfahren auf Entziehung der Konzession zulässig ist, wenn sie dem Gesetz widersprechen. Es ergab sich ferner die Notwendigkeit, gegen ein Übermaß der Birkulationsmittel Vorsorge zu treffen. Diese Vorsorge will der Entwurf durch eine indirekte Kontingentrückung der Noten, durch die Einführung einer Steuer vom ungedeckten Notenemissionslauf, soweit der letztere eine bestimmte Grenze übersteigt. Ich weiß sehr wohl, daß diese Bestimmung dem Entwurf die meisten Gegner erwecken wird und ich wundere mich darüber nicht. Es liegt ja nah und ist mir wiederholte Entgegenhalten worden, daß in dieser Steuer eine Verhinderung des Geldes stecke. Diese Steuer soll und wird diese Wirkung haben; aber diese Wirkung ist eine solche, der sich die Industrie nicht entziehen kann, wenn sie sich nicht außerhalb der Gesetze stellen will, die eben heute den Verkehr regeln. Wir werden jedenfalls alle den Wunsch haben, daß unsre Industrie durch wohlfühlendes Geld, wie man zu sagen pflegt, die Konkurrenz mit der auswärtigen Industrie, mit der Industrie reicher Nationen als Deutfchland erleichtert werde. Aber wir mögen das so lebhaft wünschen wie wir wollen, durch Papier werden wir diesen Zweck nicht erreichen, sondern nur durch Fleiß und Sparmaut. Es ist ja unverkennbar, daß die bestehenden Banken der Industrie sehr große Dienste geleistet haben und es liegt dem Entwurf der Gedanke sehr fern, diese Dienste in Zukunft in einer Weise einzuführen, welche nicht durch zwingende Verhältnisse bedingt ist; aber die Verdienste, die die Banken dem Verkehr geleistet haben und ferner leisten werden, befleben in noch ganz anderen Dingen, als darin, der Industrie möglichst wohlfühlendes Geld zu verschaffen. Die Preußische Bank hat sich durch die Einrichtung ihrer Filialen und deren Organisation im Verhältnis zur Hauptbank ein Verdienst erworben, indem sie die Kreditgewährung und die Ausgleichung der Zahlungen erleichterte; es sind Ersparnisse von großem Werth für die Industrie. Aber wenn man es unternehme, der Industrie billiges Geld zu schaffen durch niedrigen Zinsfuß, dann kann man ihr wohl augenscheinlich damit einen Gefallen thun, auf die Dauer gewiß nicht. Es kommt eine Zeit, wo sich das billige Geld rächt. Der Entwurf ist, indem er die Grenzen bestimmt, mit deren Eintreten die höhere Steuer gezahlt werden soll, von einer gewissermaßen willkürlichen Zahl ausgegangen. Der Betrag von 100 Millionen Thalern ist entsprechend der Summe der ungedeckten Noten im Jahre 1869, und wenn man noch die 40 Millionen Mark für Bayern hinzufügt, so kommt man, soweit dies überhaupt zulässig ist, auf die Gesamtsumme der Birkulationsmittel im Jahre 1869.

Man hat ferner der Gesetzgebung nach Ablauf einer mäßigen Frist freie Hand gelassen; es war dies eine notwendige Konsequenz davon, daß der Entwurf an die bestehenden Verhältnisse anknüpfe. Auf solche Perioden hinaus, auf welche die Bankprivilegien erhebt sind, konnte sich die Reichsgesetzgebung unmöglich die Hände binden. Die Bestimmung würde selbst dann ihre Rechtfertigung finden, wenn der Entwurf noch mehr abschließend sein würde, als er jetzt ist. Denn ebenso wie bisher das größte Bankinstitut Deutschlands nicht auf eine unbegrenzte Zeitdauer in seinem dermaligen Bestehen fixirt ist, ebenso wenig wird es die Aufgabe der Reichsgesetzgebung sein können, der künftigen Gesetzgebung auf alle Seiten zu präjudizieren.

Das sind die drei Grundgesichtspunkte, welche dem Entwurf zu

Gründe liegen, welche die Einzelheiten beherrschen. Ich hoffe und wünsche, daß das Haus diesen drei Gesichtspunkten seine Zustimmung schenkt und damit eine Verständigung über den Entwurf ermöglicht.

Nach dem einstündigen Vortrage des Präsidenten des Reichskanzleramtes wird folgender Antrag der Abg. v. Minnigerode und Fürst Hohenlohe-Langenburg verlesen:

"In Erwägung, daß es zur geschicklichen Regelung des Bankwesens nothwendig erscheint, die Bestimmungen des vorliegenden Gesetzentwurfs durch Bestimmungen über die gleichzeitige Errichtung einer Zentralbank für das Reich zu ergänzen und daß diese Aufgabe am besten durch Vorberathung in einer Kommission sich erreichen läßt, überweist der Reichstag den Gesetzentwurf zur Vorberathung an eine Kommission."

Über die geschäftliche Behandlung dieses Antrags behält sich der Präsident die Verständigung mit dem Hause vor.

Abg. Dr. Bamberg er: Ohne in die formale Untersuchung der Frage einzutreten, welche durch die Einbringung des eben verlesenen Antrages ins Leben tritt, darf ich von vornherein erklären, daß der materielle Inhalt für mich den hervorragenden Inhalt der Erörterung bildet. Ich kann mich mit dem Präsidenten des Reichskanzleramtes bis auf einen einzigen Punkt einverstanden erklären. So lange die Bankfrage diskutiert werden, habe ich mich immer einverstanden erklärt mit der Beschränkung des Unwesens, das namentlich mit ungedeckten Banknoten in Deutschland getrieben wird, und zweitens habe ich die Regelung des Bankwesens stets für eine der schwierigsten Aufgaben unserer Gesetzgebung gehalten. Um so mehr war ich bei der Publikation des Entwurfs, der dem Ausschusse des Bundesrathes zugegangen, auf's Peinlichste überrascht, die Schwierigkeiten auf eine ganz unerwartete Weise vermehrt zu sehen. Es eilt allerdings im Interesse der Durchführung unserer Münzwährung sehr, zu gewissen Bestimmungen über die Bankgesetzgebung zu kommen. Um so weniger dürfte aber ein Gesetz vorgelegt werden, dessen Zustandekommen dadurch erwacht wird, daß es ganz außerhalb der von uns ins Auge gefassten Gesichtspunkte steht. Bei jenem Entwurf berührte mich zugleich eine eigenthümliche Ähnlichkeit mit dem Versuche, auf dem Gebiete des Strafverfahrens der Nation eine Neuerung zu bieten, auf welche sie nicht gefasst war. Ich gehöre nicht wie mein Freund Böhl zu den leidenschaftlichen Anhängern der Geschworenen, habe es aber mit Freuden begrüßt, daß die Regierungen bei dem lebhaften Widerstande, welcher sich gegen deren Befestigung im Volle gellend machte, aus eigener Initiative von ihrem Projekte abgingen. Denn es ist nicht die Aufgabe einer parlamentarischen Gesetzgebung, Neuerungen in das Land hineinzutragen, die, wenn auch noch so sinnreich ausgedacht, doch aus einzelnen Köpfen entspringen und sich mit dem allgemeinen Bewußtsein in Widerpruch setzen. Hätte die heutige Vorlage Zeit gehabt, Fühlung mit dem öffentlichen Geiste zu bekommen, so würde uns heute erwartet werden, dem entgegenzutreten, daß man die Ordnung des Bankwesens ohne Reichsbank versucht. Wie die Sachen liegen, darf ich behaupten, daß die Frage bereits zu Gunsten einer Reichsbank entschieden ist. Ich habe mich davon überzeugt und begrüße das als ein sehr erfreuliches Symptom der parlamentarischen Zustände Deutschlands. Es kann nichts Erfreulicheres geben, als daß Böhlstein, daß stärker als die formalen Beschlüsse der verbündeten Regierungen der öffentliche Geist und das öffentliche Bewußtsein ist und daß ein Versuch sich damit in Widerpruch zu setzen schon an der Schwelle des Beginns scheitert.

Nun aber gibt es keine schlimmere Lage für den Verfechter einer gewissen Meinung, als wenn der Geame ihm von vornherein Recht gäbe. Wir stehen den verbündeten Regierungen gegenüber in einer Meinungsverschiedenheit über die Einführung einer Reichsbank. Wir haben immer das Prinzip einer Reichsbank befunden hören, es handelt sich also bloß um die Frage, ob denn dieses Prinzip derzeit nicht ausführbar sei. Seitdem wir durch die Mittheilungen in der Presse mit der betreffenden Vorlage bekannt geworden sind, wie auch bei dem heutigen Vortrage, war bei mir die größte Spannung immer darauf gerichtet gewesen, zu erfahren, wo denn die Hindernisse seien, die einer solchen Verwirklichung des von allen geforderten Gedankens entgegenstehen. Ich muß gestehen, ich bin auch heute in dieser Beziehung so wenig aufgeriegelt, als durch die früheren Vorfälle. Der Gang, den der Entwurf in den wichtigsten, hervorragendsten Punkten von vornherein genommen, war überhaupt ganz eigenthümlich. Meiner Empfindung nach verrückt der Geschäftsgang selbst eine große Besangenheit von Seiten derer, welche uns die Reichsbank heute schon zu bringen nicht für angezeigt hielten. Heute hören wir aus dem Munde des Präsidenten des Reichskanzleramtes den Gedanken der Reichsbank als einen ganz rationellen anerkannt, in dem ersten Vorschlag des Reichskanzleramtes an den engeren Ausfluß aber war, wenn ich mich nicht irre, von einer Reichsbank nirgend die Rede; es war gerade so, als hätte in Deutschland überhaupt niemalsemand den Gedanken einer Reichsbank gehegt. Sie werden mir zugestehen, daß, wer auch nur drei Jahre hier im Reichstage den Verhandlungen gefolgt ist, schon dadurch sehr bestrebt ist, Sodann kam eine zweite Wendung hinzu: Bei der ersten Besprechung im Ausschuß des Bundesrathes mußte diese eigenthümliche Lage der Dinge eine gewisse Verwunderung erregen, die Reichsbank mußte zur Sprache kommen. Es trat damit auch das Bedürfnis hervor, ihre derzeitige Überflüssigkeit zu rechtfertigen und nun ging das wenig veränderte Gesetz von Neuem an das Plenum des Bundesrathes und zwar mit den nötigsten Motiven, welche die Frage der Reichsbank behandelten. Letztere hatten den eigenthümlichen Grundgedanken, daß die Anhänger der Reichsbank ja noch nicht einig über die Art seien, wie sie dieselben konstruieren wollen. Nun, der heutige Entwurf ist, so wenig ich ihm bestimme, ein Meisterwerk von Schärfe und Einführungsgabe, allein, daß wird man ihm nicht nachfragen können, daß er in seinen wesentlichen Punkten von vornherein aus dem öffentlichen Bewußtsein riegenderen Maßregeln herausgeschöpft habe, über die alle Welt einig ist. Im Gegenteil, er hat die lebhafte Auseinandersetzung erfahren und nur in dem einen Punkt, in welchem die eminente Majorität der ganzen Nation einig war, wird er vielfach von Zweifeln befallen und steht zurück, weil die Meinungen noch verschiedentlich auseinandergehen. Das ist ein sehr merkwürdiges Gebräuch und zum Belag dafür, daß es nicht haltbar war, die Sache auf diese Weise zu kolonieren, sind die Motive abermals untergetaucht und haben nun eine dritte Wendung erlebt. Es läßt sich der Fortschritt erkennen, daß nach dem ursprünglichen Geiste des Entwurfs die Reichsbank erst kommen sollte am Ende der zehn Jahre, wenn reiner Tisch gemacht wäre, heute aber in den Motiven schon die Konzession gemacht ist, sie könne auch vor Ablauf der zehn Jahre kommen. Wir haben also bloß zu untersuchen: ist es denn, wenn überhaupt ihre Notwendigkeit anerkannt ist — und das scheint mir ja von Seiten der Bundesregierungen der Fall zu sein — jetzt weniger nötig oder möglich, sofort den Bau des Gesetzes so vorzunehmen, daß das, was wir als Fundament derselben betrachten, nämlich die Reichsbank, hineingestellt wird, oder wollen wir uns der schwierigen Aufgabe unterziehen, jetzt ein Haus zu bauen und später unter Stützung eines Daches ein anderes Fundament, einen anderen Unterbau in dasselbe hineinzufüllen? Alle Gründe, die für eine Reichsbank sprechen für künftige Zeiten, dringen auf mich noch viel stärker ein für die Gegenwart und ich frage mich, ob nicht Alles, was der Herr Präsident des Reichskanzleramtes wegen der Münzreform gesagt hat, gerade eben so viele Argumente waren für sofortige Einführung der Reichsbank, als gegen dieselbe. Meinerseits erkläre ich, daß, wenn aus irgend einem Grunde eine Reichsbank nötig ist, dieselbe schon zur Durchführung unserer Münzreform absolut unentbehrlich ist. Der Herr Präsident des Reichskanzleramtes verweile im Eingange bei der Darlegung der Aufgabe, die unserer noch wartet bei Durchführung der Münzreform und Sie werden mir daher verstatten, ihm darin nachzuhören, um so mehr, als wir uns neulich, bei den Verhandlungen über die Einführung der Währung in Elsaß-Lothringen ein Stell-dicke gegeben haben, den damals nur kurz berührten Gegenstand, der die öffentliche Meinung so lebhaft beschäftigt, etwas näher ins Auge zu fassen. Ich glaube, ich darf es mir leicht machen, die Zweifel, die damals von dem Abg. v. Minnigerode vorgebracht sind, zu befeitigen. Ich würde es mir heute gern erlauben, den Gedanken nochmals abzuweisen, daß wir durch die Verhältnisse zwischen Silber und Gold in unserer Münzabdrucke eine Goldwährung in Gefahr gebracht hätten, wenn ich nicht auch in dem Ausspruch des Herrn Finanzministers von Preußen bei dieser Gelegenheit etwas hätte wahrnehmen zu

müssen geglaubt, daß wie eine entfernte Billigung der Anschaung des Abg. von Minnigerode aussah. Ich vermißte in der Rede des Herrn Finanzministers die förmliche Erklärung, daß das Verbäutnis, wie wir Silber und Gold damals festgestellt haben, absolut nichts mit den Verhältnissen zu thun hatte, wie sie heute vielleicht als Gefahr für unsere Münzreform hingestellt werden. Hat er es so gemeint, so ist es mir um so lieber, jedenfalls aber, da der geehrte Herr Abg. v. Minnigerode jedenfalls in der Meinung, einem Theil der öffentlichen Meinung gerecht werden zu müssen, diesen Zweifel ausgesprochen, ob wir nicht doch darin etwas verschuldet hätten, verzichere ich nochmals, daß dieses Verhältnis zu Gunsten oder Schaden des Silbermetalls ganz bedeutungslos geworden ist, von dem Augenblick an, als weder Private, noch der Staat im Stande waren, neue Silbercourantmünzen zu prägen. Wenn wir heute jemanden einen Silberbarren schenken, so kann er sich dadurch absolut nicht mehr Gold verschaffen, als wenn wir ihm die entsprechende Quantität in Wolle oder in Kaffee schenken, er müßte ihn wie gewöhnliche Ware verkaufen, kann aber nicht Münzen daraus prägen lassen, und es ist eigentlich für den Abzug unseres Goldes ebenso gleichbedeutend, ob wir unsere Thaler in Silber haben, als wenn wir sie in Papier hätten. Tatsächlich ist unsere gegenwärtige Silbercourantwährung gerade so gut eine Papierwährung, wie die Währung der Länder, die wirklich Zwangscours für Papier haben. Geld, das im Auslande nicht seinen vollen Werth hat, ist absolut kein Geld. Überdies haben wir selbst die neuen Silbermünzen zu einem anderen Fuße ausgeprägt, als die alten. Unsere alten Thaler sind in dem Verhältnis ausgesetzt, daß für 1½ Pfund Silber ein Pfund Gold gegeben wird, unsere neuen Silbermünzen sind aber so ausgeprägt, daß für 1395 Mark Silber ein Pfund Gold gegeben wird. Wäre also der innere Gehalt des Silbers im Verhältnis von Silber zu Gold bei unserer Münzwährung von Einfluß auf den Werth des Goldes im Umlande oder Auslande, so würde man ja für 20 Mark in einigen neu geprägten Markstücken weniger Gold bekommen, als für 20 Mark in alten Thalern und das ist nicht der Fall. Es ist also das Silber, wie wir es jetzt haben, eine reine Konventionsmünze und es hat mit ihrem Inhalte absolut nichts zu schaffen, wenn wir jetzt einen gewissen Abfluß unseres Goldes nach dem Auslande wahrnehmen. Aber wir haben es durchaus nicht zu bedauern, daß wir die reine Goldwährung und nicht Doppelwährung eingeführt haben, bei welcher die Gefahr des Goldabflusses noch viel stärker als jetzt gewesen wäre. Es fragt sich nun: habt wir wirklich eine bedeutende Goldausfuhr gehabt, und steht eine solche für die Zukunft zu befürchten? Die Frage ist so bedeutend, daß ihre Beleuchtung erwünscht sein dürfte. Wir haben auf Grund statistischer Notizen die Sicherung gehabt, daß die Ausfuhr von Gold eine geringe sei. In diesen Dingen halte ich aber Bilffern noch unverlässiger als sonst, weil der Handel durch sein Interesse sehr oft angeregt wird, seine Operationen zu verdecken, z. B. zur Ersparung des Portos Goldsendungen als Silber zu deklarieren. Es gibt nur ein Mittel, sich von dem wahren Stande der Dinge zu überzeugen, man muß die Feder nehmen und rechnen. Ergibt sich ein Nutzen, so finden ihn auch sicherlich die Leute, die dem Gewinne nachgehen, und der Gewinn ist so groß, daß auch die leiseste Schwankung genügt, um sofort die betreffende Tätigkeit ins Spiel zu setzen. Ich empfahl seiner Zeit als Hilfsmittel die Privatausprägung zu gewähren, fand aber keine Zustimmung bei den Vertretern der Regierungen und bitte gestatten Sie bereits kleine Schwankungen Gold nach Frankreich zu exportieren. Nach den heutigen Preisen ist es möglich Gold nach Belgien auszuführen, mit einem geringen Gewinn. Schick man zwanzig Markstücke nach Belgien, so kommen sie dort einschließlich mit Aufosten auf 84,4 zu stehen, während man hier einen Wechsel zu 30 Franken auf Belgien zu 81,5 verkaufen kann. Für dieses Achtel arbeitet der Goldhändler, und gerade das Beispiel von Belgien wirkt ein besonderes Licht auf den ganzen Reihe Dinge. Bei den Verhandlungen über die Einführungen der Münzgesetz in Elsaß-Lothringen erklärte nämlich Herr Geh. Rath Michaelis, die Goldausfuhr nach Belgien lasse sich nicht fixiren. Das Eigenthümliche ist nun, daß der Goldexport nach Belgien geht, weil die französische Bank durch Verbindungen die Sache so eingeleitet hat, daß der deutsche Verfechter das Port von Brüssel bis Paris sparen kann. Sie haben also auch hier den Schlüssel, weshalb trotz des Gewinnes die Zahlen schwanken nicht groß sind. Es wäre das sehr schlimm, wenn nicht ein anderer Umstand dabei mitwirkt, auf den der preußische Finanzminister neulich mit Recht hingewiesen hat. Er sagte, es würde vielleicht noch mehr Gold weggehen, wenn wir mehr herausgeben würden. Ich halte sein Verfahren in der gegenwärtigen Lage geradezu für geboten, denn wir sind dabei, einen neuen Weg zu bauen, weshalb der alte vernachlässigt wird und nicht mehr recht gangbar ist. Ich erlaubte mir auch deshalb im Juli dem Präsidenten des Reichskanzleramtes brüchig den Rath zu geben, er möge ein Aufgebot für das courstrende 20-Markstück zählen, um den Händlern Konkurrenz zu machen, so lange das Aufgebot nicht die Prägelosten übersteige. Ich weiß nicht, ob er meinen Rath zu befolgen für gut hielt, ich wollte nur anzeigen, daß ich in diesem Punkte vollständig mit dem Vertreter der preußischen Regierung übereinstimme. Allein, das Ding hat natürlich seine Grenze; wir können nicht unser Gold absolut einsperren und daneben verlangen, daß wir in die neue Münzwährung übergehen. Hier würde gerade der Punkt sein, in welchem der Dienst einer das Reich vertretenden Bank von der höchsten Wichtigkeit wäre, in diesen Dingen das Richtige zu treffen. Als jüngst die Klagen des Herren aus Elsaß-Lothringen wegen des Manuels an Zirkulationsmitteln hier laut wurden, da hörten sie vom Bundesstaate, daß man das Mögliche gethan habe, sie zu befreidieren und daß man u. A. 8 Millionen in 20 Markstücken dorthin geschickt habe. Ich hätte, glaube ich, anders gehandelt; ich hätte lieber die 20-Markstücke nach Pommern und Ostpreußen geschickt und deutsches Silber nach dem Elsaß, als daß ich durch Sendung von Gold den Leuten, die auf die Ausfuhr spekulierten, das Port von hier nach Straßburg oder Metz auf Reichstosten leicht hätte. (Heiterkeit.) Ich meinesseits glaube kaum, daß diese 8 Millionen lange in Elsaß-Lothringen geblieben sind. Ich will damit nur andeuten, wie notwendig es ist, bei unserer Münzreform nicht bloß verwaltungsmäßig, sondern in innigsten Bunde mit einer geschäftsmäßigen Behandlung der Dinge auf alle Einzelheiten Acht zu haben.

Biel wichtiger als der Punkt, ob Gold jetzt fortgebe oder nicht, ist die Frage, die auch der Präsident des Reichskanzleramtes berührt hat: wie soll es denn in der Zukunft gehalten werden; wie denken wir uns die vollständige Durchführung unserer Münzreform? Und hier will ich zunächst Herrn v. Kardorff mein Wort halten, der damals meine Aussage bezeichnete, daß die Valutaverhältnisse von Deutschland nach dem Auslande um so weniger ein Ergebnis unserer neuen Münzordnungen sein könnten, als sie bereits lange vorher in ähnlicher Stärke bestanden hätten. Er hat damals höchstlich das Haupt geschüttelt, daß ich wirklich etwas ängstlich geworden bin und ich habe sofort nach der Sitzung die Salatseide allen denen zu versprechen gehabt, die seine Beunruhigungtheit teilten. Zur Gewissensreinigung kann ich sagen, daß meine Auffassungen, die bis 1868 zurückgehen, vollständig nachweisen, daß in den drei letzten Jahren vor dem Kriege die Wechselverhältnisse von Deutschland auf England und Frankreich ebenso sehr zu unseren Ungunsten waren, wie sie es heute sind: die Course von 1868 1869 und 1870, die ich dem Herrn Abg. v. Kardorff erörtert zu thüte legen werde (Heiterkeit), weisen deutlich nach, daß auch unsere heutige Münzreform in diesem Punkte nichts ändert bat, daß sie vielmehr wahrscheinlich nur hindert, daß die Course mehr in unseren Un- und Gunsten sich ergeben, weil sie die Mittel gibt, unsere Schulden abzutragen. Wir müssen uns dann noch anklagen, daß wir durch ein ungerechtfertigtes Verfahren, durch zu frisches Darausgeben in den Geschäften eine ungünstige Handelsbilanz beibehalten haben. Nun, meine Herren, ich glaube allerdings, der besondere Fehler möge von der den Staat Nation begangenen worden sein; allein alle Vorwürfe müssen doch durch die Betrachtung gemildert werden, daß wir eigentlich die Auspeisung des Handelsverkehrs und des Unternehmungswesens aller Dörfern, nicht bloß in Europa, sondern in der ganzen Welt zu konstatieren haben. Wenn sie allein mit der Münzreform, den Arbeitsverhältnissen oder der Heimzahlung der 5 Milliarden zusammenhingen, wie käme es dann, daß wir dieselbe Krise noch viel stärker in Wien, ja, jenseits des Oceans in Amerika zu konstatieren haben? Was wollte ich nur

einschalten gegen diejenigen, welche den Geist der Nation auf Grund des gegenwärtigen Verfahrens und der Bekehrerscheinungen anzuklagen geneigt sein möchten.

Und nun darf ich wohl erwarten, daß der Herr Finanzminister von Preußen die Aufklärungen, die er uns neulich gegeben, heut noch vervollständigen und uns über den Gang der künftig durchzuführenden Münzreform aufklärt. Ich konnte mir die Durchführung der Goldwährung so vorstellen, und das schien mir etwas gigantisch, daß der Finanzminister das Gold austammt und einschließt, während die Schleifen zu öffnen und das Gold über das Land zu ergieben und er hat erklärt, daß das nicht seine Absicht sei. Er scheint indeß anderer Ansicht geworden zu sein. Über diesen Punkt würde ich eine Ausklärung. Der Herr Finanzminister hat die Summe des zirkulierenden Silbermetalls auf 300 Millionen geschätzt, ich glaube aber, der Silberbestand der Banken und des preußischen Kriegsschatzes allein würden schon nachweisen, daß 1870 noch mehr als 300 Millionen Silber vorhanden gewesen sind. Allerdings verlaufen die Herr Finanzminister sich damals bestimmte Bilffern gegeben, es in diesen Dingen nicht und darum ist er eben unangreifbar geworden. Wenn er aber nur sagte, daß wir jetzt 300 Millionen Silber gegenüberstehen, so wäre mir dadurch für die Durchführung unserer Münzreform eine große Verhinderung geworden. Das Reich hat ja nur dafür zu sorgen, daß es jedem, der ihm 20 Mark in Courant Silber bringt, Gold dafür geben kann. Wie es die Banken anfangen, um ihre Noten in Gold einzulösen, das ist ihre Sache. Wir sind ihnen nur insoweit verantwortlich, als wir ihnen Silbercourant in Gold umtauschen müssen. Ist das der Fall, dann können wir in der nächsten Zeit schon die Hoffnung hegen, unsere Goldwährung zu proklamieren und damit würde eine viel größere Sicherheit im Verkehr herbeigeführt, als sie mit allen Beschränkungen des Papiers herbeizuführen wäre; denn mit der Gefahr bei der Verpflichtung zur Goldwährung sofort insolvent zu werden, wenn sie nicht mit den nötigen Deckungsmitteln versehen sind, wird den Ausschreibungen der Banken am wirksamsten vorgebeugt. Nun meint der Herr Finanzminister, nicht eher mit Einführung der Goldwährung vorgehen zu können, bis die Maßregel wegen der 100 Marken durchgeführt ist. So lange — fürsetzt er — die Banken kleine Zettel im Umlauf haben, so lange wird ihm alles nur irgend entbehrliech Silber zum Austausch gegen Gold dargebracht werden; sind aber die Banken einmal gezwungen, nur größere Noten von 100 Mark zu haben und können sie ihre Zettel nicht mehr als Silber zirkulieren lassen, dann wird das Land möglichst viel Silber festhalten und er den Umtausch des Silbers gegen Gold durchführen können. Ist das der Fall, so warte ich gern bis zum 1. Januar 1876. Nur wird nötig sein, daß wir auch mit der gebrochenen Quantität von Gold verfehlten sind und den Banken, die wir als Banken zwingen, mit der nötigen Quantität Gold verfehlt haben, die Möglichkeit geben, sich in die entsprechende Lage zu setzen, und hier führt mich mein Weg zum Bankgesetz zurück. Die Hauptaufgabe der Reichsbank ist: der Vermittler zwischen der Münzprägung des Landes und dem Anlauf von Gold zu sein. Es ist nun die Beschriftung ausgesprochen worden, daß unter Goldvorrath für die künftige Durchführung der Münzen vielleicht nicht genugsam vorbereitet sei. Und auch ich zweife, daß man die Zwischenzeit bis zum Übergange zur Goldwährung gebürgt hat, zur Prägung von Goldmünzen, obgleich es vortheilhaft war, Gold aus anderen Ländern nach Deutschland zu führen. Wir hätten dieselben Operationen machen müssen, wie Frankreich ausführten, mit einem geringen Gewinn. Schick man zwanzig Markstücke nach Belgien, so kommen sie dort einschließlich mit Aufosten auf 84,4 zu stehen, während man hier einen Wechsel zu 30 Franken auf Belgien zu 81,5 verkaufen kann. Für dieses Achtel arbeitet der Goldhändler, und gerade das Beispiel von Belgien wirkt ein besonderes Licht auf den ganzen Reihe Dinge. Bei den Verhandlungen über die Einführungen der Münzgesetz in Elsaß-Lothringen erklärte Michaelis, die Goldausfuhr nach Belgien lasse sich nicht fixiren. Das Eigenthümliche ist nun, daß der Goldexport nach Belgien geht, weil die französische Bank durch Verbindungen die Sache so eingeleitet hat, daß der deutsche Verfechter das Port von Brüssel bis Paris sparen kann. Sie haben also auch hier den Schlüssel, weshalb trotz des Gewinnes die Zahlen schwanken nicht groß sind. Es wäre das sehr schlimm, wenn nicht ein anderer Umstand dabei mitwirkt, auf den der preußische Finanzminister neulich mit Recht hingewiesen hat. Er sagte, es würde vielleicht noch mehr Gold weggehen, wenn wir mehr herausgeben würden. Ich halte sein Verfahren in der gegenwärtigen Lage geradezu für geboten, denn wir sind dabei, einen neuen Weg zu bauen, weshalb der alte vernachlässigt wird und nicht mehr recht gangbar ist. Ich erlaubte mir auch deshalb im Juli dem Präsidenten des Reichskanzleramtes brüchig den Rath zu geben, er möge ein Aufgebot für das courstrende 20-Markstück zählen, um den Händlern Konkurrenz zu machen, so lange das Aufgebot nicht die Prägelosten übersteige. Ich weiß nicht, ob er meinen Rath zu befolgen für gut hielt, ich wollte nur anzeigen, daß ich in diesem Punkte vollständig mit dem Vertreter der preußischen Regierung übereinstimme. Allein, das Ding hat natürlich seine Grenze; wir können nicht unser Gold absolut einsperren und daneben verlangen, daß wir in die neue Münzwährung übergehen. Hier würde gerade der Punkt sein, in welchem der Dienst einer das Reich vertretenden Bank von der höchsten Wichtigkeit wäre, in diesen Dingen das Richtige zu treffen. Als jüngst die Klagen des Herren aus Elsaß-Lothringen wegen des Manuels an Zirkulationsmitteln hier laut wurden, da hörten sie vom Bundesstaate, daß man das Mögliche gethan habe, sie zu befreidieren und daß man u. A. 8 Millionen in 20 Markstücken dorthin geschickt habe. Ich hätte, glaube ich, anders gehandelt; ich hätte lieber die 20-Markstücke nach Pommern und Ostpreußen geschickt und deutsches Silber nach dem Elsaß, als daß ich durch Sendung von Gold den Leuten, die auf die Ausfuhr spekulierten, das Port von hier nach Straßburg oder Metz auf Reichstosten leicht hätte. (Heiterkeit.) Ich meinesseits glaube kaum, daß diese 8 Millionen lange in Elsaß-Lothringen geblieben sind. Ich will damit nur andeuten, wie notwendig es ist, bei unserer Münzreform nicht bloß verwaltungsmäßig, sondern in innigsten Bunde mit einer geschäftsmäßigen Behandlung der Dinge auf alle Einzelheiten Acht zu haben.

Biel wichtiger als der Punkt, ob Gold jetzt fortgebe oder nicht, ist die Frage, die auch der Präsident des Reichskanzleramtes berührt hat: wie soll es denn in der Zukunft gehalten werden; wie denken wir uns die vollständige Durchführung unserer Münzreform? Und hier will ich zunächst Herrn v. Kardorff mein Wort halten, der damals meine Aussage bezeichnete, daß die Valutaverhältnisse von Deutschland nach dem Auslande um so weniger ein Ergebnis unserer neuen Münzordnungen sein könnten, als sie bereits lange vorher in ähnlicher Stärke bestanden hätten. Er hat damals höchstlich das Haupt geschüttelt, daß ich wirklich etwas ängstlich geworden bin und ich habe sofort nach der Sitzung die Salatseide allen denen zu versprechen gehabt, die seine Beunruhigungtheit teilten. Zur Gewissensreinigung kann ich sagen, daß meine Auffassungen, die bis 1868 zurückgehen, vollständig nachweisen, daß in den drei letzten Jahren vor dem Kriege die Wechselverhältnisse von Deutschland auf England und Frankreich ebenso sehr zu unseren Ungunsten waren, wie sie es heute sind: die Course von 1868 1869 und 1870, die ich dem Herrn Abg. v. Kardorff erörtert zu thüte legen werde (Heiterkeit), weisen deutlich nach, daß auch unsere heutige Münzreform in diesem Punkte nichts ändert bat, daß sie vielmehr wahrscheinlich nur hindert, daß die Course mehr in unseren Un- und Gunsten sich ergeben, weil sie die Mittel gibt, unsere Schulden abzutragen. Wir müssen uns dann noch anklagen, daß wir durch ein ungerechtfertigtes Verfahren, durch zu frisches Darausgeben in den Geschäften eine ungünstige Handelsbilanz beibehalten haben. Nun, meine Herren, ich glaube allerdings, der besondere Fehler möge von der den Staat Nation begangenen worden sein; allein alle Vorwürfe müssen doch durch die Betrachtung gemildert werden, daß wir eigentlich die Auspeisung des Handelsverkehrs und des Unternehmungswesens aller Dörfern, nicht bloß in Europa, sondern in der ganzen Welt zu konstatieren haben. Wenn sie allein mit der Münzreform, den Arbeitsverhältnissen oder der Heimzahlung der 5 Milliarden zusammenhingen, wie käme es dann, daß wir dieselbe Krise noch viel stärker in Wien, ja, jenseits des Oceans in Amerika zu konstatieren haben? Was wollte ich nur

rathen, ihre Dienste werden zum großen Theile wechseln müssen, und das wollen wir ja eben. Schon um dem Gebiete, für das jene georgt haben, einen Erfolg zu schaffen, können wir eine Reichsbank nicht entbehren. Es giebt dann nur zwei Dinge, entweder man muß Unfreiheit gewähren und hoffen, daß jeder das Richtige treffen wird, oder das beste Mittel wählen, um Unrichtiges zu verhindern. Das durch Normative Bedingungen zu verhindern, ist immer nur ein Notbehelf, der bald die Thätigkeit des Individiums zu sehr bindet, bald Lücken läßt, durch welche nachtheilige Dinge einschlüpfen können. Es ist unendlich vorzuziehen, die maßgebende Kraft unter den Augen der Gelehrten zu lassen. Das hat dazu geführt, daß alle großen Nationen in Europa zu dem System der einen maßgebenden Bank sich befehlt haben. Nun wird immer die Frage kommen, die Reichsbank ist uns schon recht, wenn wir nur wüssten, wie sie beschaffen sein soll. Prozeßualisch kann ich diesen Einwurf am vollständigsten abweisen. Das ist eine Frage, die erst später aufgeworfen werden darf. (Widerspruch) Wenn ich ein Haus bauen soll, müssen wir erst entscheiden, ob wir das Haus überhaupt bauen, wie, das ist eine spätere Frage. (Widerspruch) Ich will sofort das Argument ad hominem geben. Vor allen wurde ich gefragt: Glaubst du an Kontingentierung? Gerade wie man fragen könnte: glaubst du an Gott? Ich will das Bekennnis ablegen: man kann mit Kontingentierung fertig werden, man kann mit und ohne Dritteldeckung fertig werden — und den Herren, die da sagen: ich kann mich mit dir nicht verständigen, da du nicht weißt, wie die Reichsbank sein soll, denen antworte ich: Ich nehme kein Gesetz an ohne Reichsbank und Lebes Gesetz mit einer Reichsbank. Nimmt man die Preußische Bank als den unvermeidlichen Kandidaten der Reichsbank so nimmt man damit an, daß auch eine ganze Reihe von vorausgesehnen gelöst sind und das es sich bloß darum handelt, zu wissen, ob die künftige Reichsbank monopoliert neben anderen Banken bestehen soll. Wir sind nicht gewohnt in deutschen Reichen, mit kühnen Neuerungen so früh einzutreten, daß wir beispielsweise eine monopolierte Bank einzusehen wagen würden mit Unterdrückung aller bestehenden Banken. Das fällt wohl Niemandem ein. Die Bank, die wir in Deutschland schaffen sollen als gemeinsames Institut, wird berechtigt sein, überall zu agieren, sie wird aber kein anderes der bestehenden Institute, insfern es möglich sein kann, verhindern, daß nützlich zu machen und sie wird davon wirken, daß Hindernisse viel besser aus dem Wege geräumt werden als durch gelegte Maßregeln, und wenn diese Möglichkeit nach der Ansicht der öffentlichen Meinung besteht, so frage ich, ob etwa legale Hindernisse gegen die Erweiterung der Preußischen Bank zur Reichsbank bestehen. Hier kann einzig das Privilegium der bairischen Hypotheken- und Wechselbank in Betracht. Daraus können aber keine Schwierigkeiten erwachsen, denn ich wage geradezu zu behaupten, daß vielleicht keine Regierung so geneigt war, auf Verhandlungen wegen einer Reichsbank einzugeben, als die bairische Regierung. Ich behaupte ferner: Schon die Schwierigkeiten, die bei Art. 18 des Münzgesetzes auftauchten, die Bedenken, die sich erheben bei Erlaß des Reichspapiergeldgesetzes hauptsächlich daher, daß Baiern wegen der Bankgeschäftigung bestreitig war und das in den Gedanken der bair. Staatmänner der Plan einer Reichsbank durchaus kein abgewiesener war. Wenn dennoch die einzigen legalen Schwierigkeiten meines Erachtens kein unbefriedigbares Hindernis bildeten, so frage ich, ob eine praktische Schwierigkeit vorhanden ist, daß man eine Bank einsetzt, die Gültigkeit hätte neben anderen Banken, die bereits bestehen. Ich kann mich hier auf Thatsachen berufen. Die Geschichte der französischen, der englischen, der belgischen Bank ist nichts Anderes, als die Konstituierung des Thalsache, daß eine große Zentralbank ganz glücklich und nützlich und rechlich bestehen kann neben älteren Banken. Nur muß man es machen, wie andere Regierungen, zunächst das Einverständnis suchen, statt Hindernisse zu erwarten und dann vor die Legislative treten, statt auf etwa zukünftig entstehende Schwierigkeiten hinzudeuten. Als die belgische Regierung im Jahre 1850 gegenüber zwei bestehenden Banken eine Nationalbank in's Leben rufen wollte, schloß sie einen provisorischen Vertrag mit den bestehenden Banken ab, trat dann vor das Parlament, legte den Organisationseplan der neuen Bank vor und ging dann zu dem Gesetz über. Könnte man mit Preußen nicht auf ähnliche Weise verfahren? Könnte man in der Zeit, die nötig war, um ein so kunstreiche Gewebe auszuarbeiten, braucht werden, um ein Einverständnis mit Preußen herzustellen? Wenn das nicht möglich war, so hätte ich heute wenigstens gern das Benannte vernommen, daß man sich zwar Mühe gegeben, zu einer vorläufigen Verständigung mit Preußen zu gelangen, daß dies aber aus irgend einem Grunde an dem hartnäckigen Widerstande Preußens gescheitert sei. Wir hätten vielleicht als Reichstag kein Recht gehabt, Preußen darüber zu reden zu stellen, allein im preußischen Landtag hätte man darüber Auskünfte erlangt und ich hoffe, sie würden so befriedigend ausfallen, daß wir das deutsche Reich darüber hätten zur Rede stellen können, warum es sich nicht rechtzeitig mit der preußischen Bank verständigt hat. Die Preußische Bank wenigstens, welche doch auch etwas zu sagen hat, war vollauf darauf gefaßt, Reichsbank zu werden. Ich bin fern davon, Preußen in einer seine Interessen vielleicht schädigenden Weise exprimieren und mich in die Frage einmischen zu wollen, wie es sich mit seinen Aktionären befindet. Meiner Ansicht nach hätte es Utrecht, die Aktionäre recht- und bestreitig zu lassen. Doch das ist Ihre Sache und sollte sie vielleicht ein Präzessum vom Reiche dafür verlangen, daß sie ein so kostbares und geheimliches Institut ihm als legitimes Ding in den Schoß legt — nun, darüber kann man verschiedene Meinung sein, vielleicht mehrt sich das preußische Ehrgefühl dagegen, eine Belohnung anzunehmen (Heiterkeit), aber ich glaube von Seite Derer, die dieses kostliche Gut zu erwerben wünschen, würde vielleicht die Zahlung einer Prämie für dasselbe auf keinen widerstehlichen Widerstand stoßen. Also die Hindernisse, welche der sofortigen Durchführung einer Reichsbank entgegenstehen, können nicht als genügende Erklärung dieser Vorlage dienen. Die lebendige Thätigkeit eines Centralinstitutes wird in den schwierigen Verhältnissen, denen wir entgegengehen, nicht entbehrlieb sein, sondern ich glaube, daß gerade die Ziele, welche der Gesetzentwurf sich vorstellt, die Beschränkung des ungeüblichen Verkehrs in Banknoten, viel besser als durch den Mechanismus, der in diesem Gesetzentwurf so klug auseinandergelegt ist, erreicht werden kann durch das Bestecken einer überall waltenden Reichsbank. Fragen Sie einmal die Direktoren der kleineren Banken, die Wissenswirthschaft getrieben haben, ob sie mehr fürchten vor dem fiskalitätsrischen Beispiel in diesem Gesetzentwurf, daß sie in Zukunft einschüren soll, oder von einer Reichsbank, die Wache über sie halten und jene Ausübung sofort durch eine Repressalie auf das richtige Maß zurückweisen wird.

(Schluß folgt.)

## Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 16. November.

Die „Schles. Btg.“ macht auf die Korrespondenzen aufmerksam, welche der russische „Golos“ aus Konstantinopel erhält, und daraus zu zeigen, welche Auffassungen im russischen Publikum über die diplomatische Haltung Deutschlands auf osmanischem Boden verbreitet werden: Bismarck überall — der jetzt regierende Großvizepräsident seiner Geburtsstadt — der jetzt regierende Großvizepräsident seiner Kreisstadt — sein gebürtiger Diener in der Bekämpfung des französischen Machteinflusses, die Haltung der türkischen Regierung gegenüber dem Katholikenstreite Schritt für Schritt hervorgegangen aus den guten Rathschlägen des deutschen Botschafters u. dgl. m. — Bekanntlich arbeitet der Großvizepräsident mit großer Rücksicht vor allem Andern an der äußeren und inneren Tüchtigkeit der Armee und waltet dabei mit großer Weitsicht und Kompetenz. So erhielten neulich 6 kommandirende Generale ihren Abschied und sämtliche 7 Armeecorps wurden neu besetzt — das Alles, berichtet der Russse, „auf Veranlassung der preußischen Armeeinstructoren, welche einen unbeschränkten Einfluß auf den Groß-

bezirk ausüben.“ Wo mögen wohl diese „zahlreichen preußischen Offiziere“ sein, von denen der Berichterstatter so oft spricht? In der preußischen Armee kennt man sie nicht; jedenfalls können es nur vereinigte, verabschiedete Offiziere sein, die direkt oder indirekt mit der türkischen Armee in Verbindung stehen. An einer anderen Stelle erwähnt die Korrespondenz, es seien nun die ersten Krupp'schen Geschütze aus der letzten Bestellung in Konstantinopel angelangt. Durch Protection der preußischen Offiziere — heißt es dann weiter — ist der ehemalige polnische Diktator Langiewicz, der ja auch einstmals Artillerist in der preußischen Landwehr gewesen, zum Agenten Krupp's bei der türkischen Regierung ernannt. Da er schon 7 Jahre im Lande wohne, so kenne er die Türkei und die Türken sehr genau. „Durch diese Ernennung tritt Langiewicz gewissermaßen in die Reihe der preußischen Offiziere nicht etwa in eine Reihe, sondern in die Reihe des Kreises (sic!), welche in türkischen Diensten stehen, und auf der deutschen Botschaft hofft man, daß er auf die in den türkischen Reichen wohnenden zahlreichen Polen einen nützlichen Einfluß übe. Die französische Botschaft zeigt sich aufs Äußerste missgestimmt über diesen neuen Erfolg Deutschlands (sic!), durch diese in der türkischen Verwaltung manach wichtigen Posten einnehmenden polnischen Emigranten die sich in Konstantinopel abspielenden politischen Fragen zu beeinflussen. Welch vorzügliche Information — und welche feine politische Schlüsse. Warum erzählt der Russse aus Konstantinopel seinen Landsleuten nicht lieber: „Der Bißnard“ habe den ehemaligen polnischen Diktator gewissermaßen „in die Reihen der preußischen Offiziere“ gestellt, um seine Lokalkenntnisse bei einem Kriege mit Russland auszunutzen!

Das zu Verieselungszwecken seitens der Stadt angekaufte Gutsterrain von Osdorf und Friederikenhof scheint dem Bedürfnis noch nicht zu genügen. Es schweben gegenwärtig noch Verhandlungen der städtischen Behörden mit dem Finanzministerium wegen pachtweiser Überlassung eines Theils des Grunewaldes und der Domäne Dahlem zur Anlegung von Rieselfeldern. Der „Trib.“ zufolge sollen diese Verhandlungen Aussichten auf Erfolg haben.

Hildesheim, 13. November. Der auf den 14. d. M. angesehene gewogene Verkauf der dem hiesigen Bischof neulich abgesänderten Gegenstände ist der „Korn. Btg.“ zufolge bis auf Weiteres ausgezögert. Inzwischen hat nach demselben Blatte des Bischofs dieser Tage die Auflösung erhalten, die ihm wegen Nichtbereitung der Pfarre Goslar angedrohte weitere Geldstrafe von 400 Thlrn. bei Vermeidung der Exekution, bis zum 15. d. M. zu bezahlen, auch ist ihm aufs Neue eine Geldstrafe von 600 Thlrn. angedroht, falls er die genannte Pfarre nicht bis zum 1. Dezember wieder dauernd besetzt.

## Lokales und Provinzielles.

Posen, 17. November.

r. Die Preisrichter für die Theater-Konkurrenz-Projekte: Professor Semper aus Wien, Bau-Akademie-Direktor Lucius aus Berlin, Theater-Direktor Schweizer aus Breslau, hielten gestern im Magistratssaale des hiesigen Rathauses ihre erste Sitzung ab.

r. Das nächste Provinzial-Sängerfest wird in Folge einer Berathung, welche hiesige Delegierte des Vorstandes des Provinzial-Sängerbundes und Vorstandsmitglieder des Jakob'schen Gesangvereins zu Gnesen dort am Sonntage abhielten, am 10. und 11. Juli 1875 in Gnesen abgehalten werden. Es wird dort eine Gesangsaufführung im geschlossenen Raum und eine zweite Aufführung im Freien stattfinden.

r. Goldene Hochzeit. Mittwoch den 25. d. M. Nachmittags feiert in der Paulskirche der allgemein geschätzte 78jährige Güterexpedit der Oberschlesischen Eisenbahn, Kleinitz, mit seiner 74jährigen Ehegattin die goldene Hochzeit. Beide Theile erfreuen sich noch der rüstigsten Gesundheit, der Mann geht bei Wind und Wetter zweimal täglich zum Zentralbahnhof hinaus und erfüllt dort seinen anstrengenden Dienst, während die Frau ohne alle Beihilfe die häusliche Wirtschaft versieht. Sein reges Interesse für Fortbildung beluden der alte Kleinitz unter Anderem auch dadurch, daß er, das älteste Mitglied des Handwerkervereis, regelmäßig zu den Versammlungen desselben erscheint.

Δ Grätz, 11. November. [Prozeß wegen Störung des Gottesdienstes.] Am 9. d. M. kam vor der Kriminalabteilung des hiesigen Kreisgerichts ein interessanter Fall zur Verhandlung. Ein Israelit, B. B., war angeklagt, am 18. März c. in der Synagoge zu B. B. den Gottesdienst gestört zu haben. Derselbe kam nämlich während des heiligsten Gebets (Rabbi-Schabat) in die vorher Synagoge, und da ihm ein Tisch, über den eine Altardecke gebreitet war und auf welchem zum Andenken an die Verstorbenen angezündete Lichter sich befanden, im Wege stand, so nahm er diese leichter fort, setzte sie auf einen in der Nähe stehenden Stuhl und brachte den Tisch, der mit zwei hölzernen Leinen befestigt war, nach der Seite, um auf diese Weise zu seinem Sitz zu gelangen. Die vier vernommenen Zeugen beklagten, daß zwar sie, nicht aber die ganze Gemeinde im Gottesdienste geföhrt worden sei. Die ganze Sache machte auf die Anwesenden den Eindruck einer aus gehässiger Parteilichkeit hervorgegangenen Denunziation; es wurden deshalb auch die noch erschienenen Be- und Entlastungszeugen nicht weiter vernommen und die Staatsanwaltschaft beantragte die Freisprechung und der Gerichtshof erkannte nach kurzer Berathung auf Freisprechung.

Bromberg, 14. November. [Erhöhung der Lehrergehälter.] Vor einiger Zeit wurden mehrere evangelische Elementarlehrer des hiesigen Kreises um Erhöhung ihrer Gehälter bei der königl. Regierung hierherstellt. Die betreffende Eingabe überreichten sie durch eine Deputation persönlich dem Herrn Regierungs-Präsidenten v. Weinern, der nach Anhörung ihrer noch minder vorgetragenen Bitte Abhilfe und Verlänglichung versprach. Das ist denn auch geschehen. Dieser Tage sind die Büttsteller benachrichtigt worden, daß ihre Gehälter um 25 Thaler und 20 Thaler, in einem Falle um 40 Thaler erhöht worden sind. Das Mindestgehalt der Vandlehrer in den Schulen der Umgegend beträgt jetzt 250 Thaler resp. 270 Thaler. (Br. 3.)

## Staats- und Volkswirthschaft.

\*\* Leipzig, 16. Nov. Der dritte Quartalausweis der Allgemeinen deutschen Kreditanstalt schließt mit einem Gewinn von 857.737 Thlrn. 17 Sar. 2 Pf. ab, was für die drei ablaufenden Quartale einer Dividende von reichlich 8½ p.C. gleichkommt.

## Vermischtes.

\* Königsberg i. Pr., 16. November. Der Dampfer „Borussia“, welcher, wie bereits gemeldet wurde, mit dem Dampfer „Sirius“ zusammenstieß, ist bei Dörsdorf untergegangen. Drei Mann von der Besatzung wurden vom „Sirius“ gerettet. Fünf Mann und zwei Passagiere landeten in einem Boot bei Rügenwalde. Der Kapitän Klein und zwei Heizer sind ertrunken. Der „Sirius“ ist in den Hafen von Stolpmünde gesleppt worden.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Posen.

## Angekommene Fremde vom 17. November.

MILYUS' HOTEL DE DRENDE. Die Rittergutsbesitzer Sr. Erlaucht Reichgraf zur Lippe auf Schloß Nendorff, Landrat Baron von Unruh-Bomst und Familie aus Wolfstein, von Szeklinski aus Lagonitz, von Poncet und Frau aus Tomysl, Professor Dr. Semper aus Wien, Ober-Bergrath Schwarz aus Breslau, Professor Lucas aus Berlin, Gutsrächer Mengel aus Turrowo, Techniker Barmik aus Danzig, Postdirektor Faber aus Breslau, die Administratoren Milde aus Inowraclaw, Konalshy aus Wierewirany, Songel aus Berlin, die Kaufleute Spielslöher, Demmler und Frey aus Berlin, Kamatuski aus Pinne, Reichenberg aus Mainz, Macsi aus Berbst, Hesse aus Stettin.

BUCKOW'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Frommbold aus Leipzig, de la Croix aus Berlin, Bernhardi aus Hamburg, Kroener aus Genf, Breunig aus Köln, Thomas aus Dresden, Cäsler aus Glauchau, Stern aus Hamburg, Cunow aus Berlin, Goldstein aus Danzig, Oberst a. D. von Born aus Sienna, Partikular Moritz aus Dresden, der Rittergutsbesitzer v. Chrzanowski und Leitel aus Polen, Fuchs aus Lubben, Geometer Marquardt aus Danzig, Baumeister Leibenthal aus Königsberg.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Die Kaufleute Siegel und Cohn aus Breslau, Postbeamter Luchs aus Gernkau, Mühlensie. Wittke aus Golum, Frau Notar Gabryelski aus Breslau.

HOTEL DE BERLIN. Die Rittergutsbesitzer v. Sablok aus Rybnik, Frau Morgenstern aus Starzyn, die Rentier Collina aus Witkowko, Monick aus Witkowko, Bavar. Administrator Spolonowski aus Poln. Crone, die Kaufleute Nicolaus aus Berlin, Matjens aus Hamburg.

C. SCHARFFENBERG'S HOTEL. Die Gutsbesitzer Berndt nebst Frau aus Wilcyn, Coelle aus Janlowo, Rentier Hülge nebst Frau aus Guben, die Kaufleute Goldstein und Moses aus Breslau, Bisch aus Stettin, Behrend aus Breslau, Hoffmann aus Königsberg, Zimmermeister Steinbach aus Schröda.

HOTEL DE PARIS. Die Gutsbesitzer Snodacki aus Pietrykow, Babinski aus Tulec, die Kaufleute Chritch, Mendelsch, Szwibski, Baruch und Hecht aus Schröda, Kolat aus Kurnik, Bürger Cecyliewi aus Tulec, Gutsrächer Görski aus Janowsko.

KELLER'S HOTEL. Die Kaufleute Auerbach aus Inowraclaw, Frau Sachs und Fr. Nette und Kunze aus Lissa, Gebr. Mack aus Stargard i. Pommern, Maisan aus Lipno (Polen), Lehmann aus Köln, Balwoda aus Neutomischel, Hausmann aus Breslau, Schreib aus Rogasen, Kapian aus Miloslaw, Boas und Sokolowski aus Breslau, Goschiner aus Rogasen, Juwelier Kap und Sohn aus Amsterdam, Lehrer Bolte aus Neustadt a. W., Viehliefer Klakow aus Görlitz, Hauptaushalter, Bahnaufer Webber aus Hamburg.

HOTEL ZUM SCHWARZEN ADLER. Die Gutsbesitzer Konstantyn Glinck aus Neudorf, Stoch aus Lubcz, Szwanecki aus Bielawino, Dobrogoski aus Drozdow, Labinski aus Wojnowko, Krajenek aus Lutostau, Rendant A. Meja aus Chocicza, Kaufmann W. Braun, aus Schröda, L. Guzmann, Repräsentant der Sojietat Vin de Bordeaux.

SEELIG'S GASTHOF ZUR STADT LEIPZIG. Die Gutsbesitzer Seiffert aus Ratowitz, Boehme aus Guben, Restaurateur Geppert aus Guben, Mühlbaumeister Luchs aus Borsig, Rentier Hirsch aus Guben, Kunstgärtner Drescher aus Gempin, Lehrer Fiedler aus Schlawe, Postfaktär Gladis aus Halle a. S., Administrator Luedke aus Pomornik.

LACHMANN'S GASTHOF IM EICHEN BORN. Kaufmann Baer aus Wongrowie, Lehrer Chritch und Frau aus Kromelie bei Kobylin, Glaser Licht aus Cerniejewo.

## Bis 10 Uhr Abends eingegangene Depeschen.

Paris, 16. November. Eine Depesche der „Liberte“ aus Montevideo meldet unter Reserve, daß zwischen dem Insurgentenführer Mitre und dem Präsidenten Abellaneda eine Vereinbarung getroffen worden sei, wonach Abellaneda die Präsidentschaft niedergelegt wird und Neuwahlen nächstens erfolgen sollen.

## Telegraphische Börsenberichte.

Breslau, 16. Novbr., Nachmittags. (Getreidemarkt). Spiritus pr. 100 Liter 100 p.C. pr. November 18½, pr. November-Dezember 18½, pr. April-Mai 56 Mt. 50 Pf. Weizen pr. Nov. 52 Roggen pr. November 53%, pr. November-Dezember 51½, pr. April-Mai 148 Mt. Rüböl pr. Nov.-Dez. 17½, pr. April-Mai 56 Mt., pr. Mai-Juni 57½ Mt. — Brot fest. — Weizen: Schön.

Hamburg, 16. November. Getreidemarkt. Weizen fest, auf Termine still. Roggen fest, auf Termine ruhig. Weizen 126-128 pf. pr. November 1000 Kilo netto 189 B., 188 G., pr. November-Dezember 1000 Kilo netto 187½ B., 186½ G., pr. December-Januar 1000 Kilo netto 187 B., 186 G., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 189 B., 188 G., Roggen pr. November 1000 Kilo netto 162 B., 160 G., pr. November-Dezember 1000 Kilo netto 159 Br., 158 G., pr. December-Januar 1000 Kilo netto 157½ B., 156½ G., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 153 Br., 152 G. Hafer still. Gerste still. Rüböl still. Getreide still. Weizen fest, auf Termine ruhig. Spiritus rubia, pr. November, pr. December-Januar 45, pr. März-April 45%, per April-Mai pr. 100 Liter 100 p.C. 45%. Kaffee matt, Umlauf gering. Petroleum fest, Standard white loco 9, 50 B., 19, 40 G., pr. November 9, 40 G., pr. December 9, 50 G., pr. Januar-März 9, 80 Gd. — Weizen: Regnerisch.

Köln, 16. November, Nachmittags. Getreidemarkt. Weizen fest, hiesiger Weizen besser, hiesiger loco 7, 5, fremder loco 6, 22%, pr. November 6, 18, pr. März 18 Mt. 85 Pf., pr. Mai 18 Mt. 85 Pf. Roggen fest, hiesiger loco 6, 7½, pr. November 5, 11½, pr. März 14 Mt. 95 Pf., pr. Mai 14 Mt. 85 Pf. Hafer pr. März 18 Mt., pr. Mai 18 Mt. Rüböl still, loco 9%, pr. Mai 31 Mt. 20 Pf.

London, 16. November, Vormittags. Die Getreidezufuhren vom 7. bis zum 13. November betrugen: Englischer Weizen 49,2, fremder 26,213, englischer Gerste 2182, fremder 8358, englische Maize 13,907, englischer Hafer 364, fremder 37,748 Orts. Englischer Mehl 20,145 Sac, fremder 1450 Sac und 7708 Fag.

London, 16. November, Nachmittags. Getreidemarkt (

Berlin, 16. Novbr. Wind: S. Barometer 27. 11. Thermometer frisch - 1° R. Witterung: ganz bewölkt.  
Der heutige Markt nahm für Roggen einen ziemlich matten Verlauf. Besonders benachtheitigt wurde November, verhältnismäßig geringer ist die Preiserhöhung für die früheren Säfte. Ware ist etwas billiger erlassen worden, verkaufte sich aber begrenzt. Roggenmehl wenig verändert. Gefündigt 500 Gr. Kündigungswert 7 R. 29 Sgr. per 100 Kilogr. - Weizen recht fest erhöht, ermittelte stetig im Laufe der Börse. Gefündigt 5000 Gr. Kündigungswert 62½ R. per 1000 Kilogr. - Hafer solo gut preishaltend, Termein meist etwas höher bezahlt. Gefündigt 1000 Gr. Kündigungswert 60½ R. per 1000 Kilogr. - Rüböl bei vermehrtem Angebot flau und billiger verkauft. - Petroleum. Gefündigt 50 Barrels. Kündigungswert 7½ R. per 100 Kilogr. - Spiritus recht fest und bei spärlichen Anerbietungen auch etwas besser bezahlt.

Weizen solo per 1000 Kilogr. 55-70 R. nach Dual. gef., gelber per diesen Monat 62½-62 R. Nov.-Dez. do. Dezbr.-Jan. -, April-Mai 189-188 R. R. R. Mai-Juni 189-189 R. - Roggen solo per 1000 Kilogr. 53-59½ R. nach Dual. gef., neu russischer 54½-55½ ab Bahn, inländ. 56½-58½ ab und frei Bahn R. per diesen

Monat 54½-54½ R. - Nov.-Dez. 52½-51½-51½ R. Frühjahr 149½-148½ R. R. R. Mai-Juni -. - Erste solo per 1000 Kilogr. 50-64 R. nach Dual. gef., östpreuß. 57-60, galiz. u. ungar. 53-57, vom. u. med. 60-63, neu russ. 56-60 ab Bahn R. per diesen Monat 60½ R. Nov.-Dez. 59½ R. - Frühjahr 17½-173-172 R. R. Mai-Juni 171-171½-171 R. R. - Erste per 1000 Kilogr. Kochware 66-75 R. nach Dual. Futterware 61-65 R. nach Dual. - Kap. per 1000 Kilogr. - Leinöl solo per 1000 Kilogr. ohne Fass 22½ R. - Rüböl per 100 Kilogr. solo ohne Fass 17½ R. R. mit Fass -, per diesen Monat 18½-18½ R. R. Nov.-Dez. do. Dezbr.-Jan. -, April-Mai 57 R. R. Mai-Juni 57,5 R. R. - Petroleum raffin. (Standard white) per 1000 Kilogr. mit Fass solo 7½ R. R. per diesen Monat 7½ R. R. Nov.-Dez. do. Dezbr.-Jan. -, April-Mai 18 R. - Spiritus per 100 Liter a 100 pCt. = 10,000 pCt. solo ohne Fass 18 R. 24-28 Sgr. R. per diesen Monat -, solo mit Fass -, per diesen Monat 18 R. 22-21-22 Sgr. R. R. Nov.-Dez. 18 R. 12-15 Sgr. R. Januar-Februar. -, April-Mai 57,1-57,5 R. R. Mai-Juni 57,6-58 R. R. Juni-Juli 59-59,2 R. R. R. Juli-August 60-60,2 R. R. R. Mehl Weizenmehl R. 0 94-9 R. R. 0 0 1 8½-8 R. R. Roggenmehl

Nr. 0 81-8½ R. R. Nr. 0 u. 1 8-7½ R. R. per 100 Kilogr. Brutto unverst. int. Sac. - Roggenmehl R. 0 u. 1 per 100 Kilogr. Brutto unverst. int. Sac. per diesen Monat 7 R. R. 29 Sgr. R. R. Mai-Juni 7 R. R. 24-23 Sgr. R. R. Dezbr.-Jan. -, Jan.-Februar 23 R. R. Februar-März 22,7-8 R. R. R. April-Mai 22,4 R. R. Mai-Juni 17 R. R. (B. u. S. B.)

### Meteorologische Beobachtungen zu Posen.

Datum.	Stunde	Barometer 260 über der Höhe.	Therm.	Wind.	Wolkenform.
16. Novb.	Mittag. 2	27" 6" 27	- 0°3	SE 2-3	trübe St.
16. "	Abends 10	27" 4" 77	- 1°0	SE 0-1	bedeckt St.
17. "	Morgs. 6	27" 3" 55	- 0°5	S 2	bedeckt.

### Wasserstand der Warte.

Posen, am 15. Novbr. 1874 12 Uhr Mittags 0,18 Meter.

= 16. = = = = 0,18 =

### Breslau, 16 November.

Ermattend.

Freiburger 105. do. junge -. Oberösel. 168½. R. Ober-User E. 118. do. do. Prioritäten 117½. Frankoien 183½. Lombarden 83½. Italiener -. Silberrente 68%. Rumänier 34%. Breslauer Diskontobank 89½. do. Wechselbank 76. Schles. Bank 112. Kreditaktien 141%. Lourabütte 135½. Oberschles. Eisenbahnbet. - Dösterreic. Bank 92%. Russ. Banknoten 94%. Bresl. Mälerbank -. do. Mähr.-B.-B. - Prov.-Mälerbank. - Schles. Ver einsbank -. Österreichische Bank - Bresl. Prov.-Wechslerb. -

### Telegraphische Korrespondenz für Jonds-Kurse.

Frankfurt a. M., 16. Novbr. Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. best.

[Schlußkurse.] Londoner Wechsel 119½. Pariser Wechsel 95. Wiener Wechsel 107½. Französisch 31½. Böh. Weißb. 210%. Lombarden 143½. Galizier 257%. Elisabethbahn 204%. Norw.-Eisenbahn 148. Kreditaktien 243%. Russ. Bodencredit 90%. Russen 1872 98%. Silberrente 68½. Papierrente 64½. 1860er Loos 107½. 1864er Loos 172%. Amerikaner de 82 97%. Deutsch-Schweiz. 89. Berliner Bankverein

Berlin, 16. November. Während des gestrigen Privatverkehrs befestigte sich die Haltung nach schwächerem Beginn bei mäßig lebhaftem Verkehr; die Kurie schlugen auf internationalem Gebiet steigende Richtung ein. Heute legten die Course fast zumeist über Sonnabendcoursen ein und konnten sich anfangs bei regerem Geschäft gut behaupten. Soforte möchte sich Realisationslust geltend, die umso mehr eine Schwächung der Tendenz herbeiführte, als auch die auswärtigen Notraten ungünstig und theilweise motter eintrafen. Die Geschäftsstimmung ermannte im weiteren Verlaufe jeglicher Anregung und namentlich zeigte sich die Spekulation äußerst reserviert.

Eine verhältnismäßig gute Festigkeit zeichnete die inländischen Anlagepapiere aus, während die Kassaerwerbe der übrigen Geschäftszweige vielfach etwas schwächer und der Verkehr nirgends nennenswertes Unmerheit vertrieb. Die Umsätze blieben denn auch in ihrer Gesamtheit in sehr engen Grenzen und gewannen nur für vereinzelte per ultimo gehandelte Werthe größere Ausdehnung.

### Jonds- u. Aktienbörsen.

Berlin, den 16. November 1874.

#### Deutsche Bonds.

Consolidierte Anl.	105½ R.	do. Tabaks-A.	66½ R.	B
Staats-Anleihe	99½ R.	do. Pr. Sch.-A.	107½ R.	G
do. do.	4	do. Pr.-Sch.-A.	99½ G	
Staatschuldscr.	91½ etw R.	do. Bodenfr.-G.	58 G	
Prin. St. Anl. 1855	129 etw R.	Poln. Schaf.-Obl.	186 G	
Kurf. 40-Dhr. Obl.	77 B	do. Crt. 200ft. 500ft.	93 G	
R. u. Neum. Schdl.	94½ R.	do. Pfdr. III. Em.	81½ G	
Oderdeichbau-Obl.	101 G	do. Part. D. 500ft.	107½ G	
Berl. Stadt-Obl.	102½ R.	do. Ligu.-Pfandb.	69 R.	
do. do.	1	Raab.-Gräzer Loos	82½ R.	
do. do.	91 R.	Frantz. Anl. 71. 72. 5	100 G	
Berl. Börsen-Obl.	100 G	Bukar. 20Fres.-Pfe.	-	B
Berliner	100½ R.	Itum. Anleihe	103½ R.	B
do.	104½ R.	Russ. Bodenfr. Pf.	89½ R.	
Kur. u. Neum.	87 G	do. Nicolai-Obl.	85½ G	
do. do.	86 G	Stoff. engl. A. v. 62	101½ G	
do. neue	103½ R.	do. -	74 R.	
Ostpreußische	87½ G	do. - v. 70. 75	102½ R.	
do. do.	96 G	do. 5. Stieg. Anl.	85½ R.	
do. do.	102½ R.	do. 6.	94½ G	
Pommersche	87½ G	do. Prm. Anl. de 64	158 R.	
do. neue	95 R.	do. -	66½ R.	
Posenische neu	94½ R.	Lürl. Anleihe	1865 5	
Schlesische	85½ R.	do. do. 1869 6	55½ G	
Westpreußische	86½ R.	do. do. kleine 6	54½ G	
do. do.	95 R.	do. Loos (volg.) 3	125½ R.	
do. Neuland	94½ R.	Ungarische Loos	57½ R.	
do. do.	100½ R.	-	-	B
Kur. u. Neum.	98½ R.	-	-	B
Pommersche	97½ R.	-	-	B
Preußische	97½ G	-	-	B
Rhein.-Westf.	98½ R.	-	-	B
Sächsische	97½ R.	-	-	B
Goth. Pr. Pfdr. I.	106½ R.	do. Prod. u. Hdle. 32	87½ R.	
Pr. Bd. Crd.-Hyp.	102½ R.	do. Kassenverein	295½ G	
B. unbünd. I. u. II.	102½ R.	do. Handelsgei.	122½ R.	
Homm. Hyp. Pr. B.	105 R.	do. Wechslerbank	51½ R.	
Pr. Crd.-Pfdr. fdb.	100½ R.	do. Prod. u. Hdle. 32	87½ R.	
do. (10Rüfz.) unf.	107 G.	Bresl. Discontoft.	89½ R.	
Leupp. Pt.-Crüdz.	100½ R.	do. Edw. Kwilecki	59 G	
Altm. Prov.-Obl.	101 R.	Braunschw. Bank	118½ R.	
Anhalt. Rentenbr.	97½ G.	Bremer Bank	116½ R.	
Meininger Loos	5½ R.	Etabl. f. Ind. u. S. 5	79½ R.	
Mein. Hyp. Pf. B.	100½ R.	Central. f. Bauten	66 R.	
Hmb. Pr. A. v. 1866	54½ R.	Görg. Creditbank	83½ R.	
Oldenburg. Poste	31½ R.	do. Kassenverein	295½ G	
Ged. St.-A. v. 1866	101½ R.	do. Handelsgei.	122½ R.	
do. Crd.-P. 6. 1871	116½ R.	do. Wechslerbank	51½ R.	
Neubaud. 25f. Poste	41½ R.	do. Prod. u. Hdle. 32	87½ R.	
Sächsische St.-Ant.	104½ R.	Bundesbank	80 R.	
Bair. Pr. Anteile	117½ R.	do. Kwilecki	59 G	
Dest. St.-Präm. A.	111½ R.	Braunschw. Bank	118½ R.	
Leipziger do.	56½ G.	Bremer Bank	116½ R.	
Westl. Schuldv.	87½ R.	Central. f. Bauten	66 R.	
Kön.-Mind. P.-A.	104½ R.	Görg. Creditbank	83½ R.	
Ausländische Bonds.	-	do. Kassenverein	295½ G	
Kiner. Anl. 1881	104½ etw R.	do. Handelsgei.	122½ R.	
do. do. 1882 gef.	97½ R.	do. Kwilecki	59 G	
do. do. 1885	102½ R.	do. Kwilecki	59 G	
do. Goldanleihe	99½ R.	do. Kwilecki	59 G	
Fran. 10 Thl. Loos	11½ G.	do. Kwilecki	59 G	

86½. Frankfurter Bankverein 87½. do. Wechselbank 84%. Nationalbank -. Weininger Bank 101. Hanf'sche Effektenbank 117½.

Frankfurt a. M., 16. Novbr. Abends. [Effekten-Societät. Kreditaktien 213½. 1860er Loos 107½. Frankoien 318½. Galizier 256½. Lombarden 144½. Silberrente 68½. Bankaktien 104½. Ungar.-Loos 96½. Malt in Folge londoner Bankdiskontoverhöhung.

Wien, 16. Novbr. Wenig fest. Der Courstrückgang der Unionsbanken und der Baubankaktien verhinderten Staatsfonds höher.

Nachbörse: Besser. Kreditaktien 236, 25. Lombarden 136, 00. Frankoien 303, 00. Anglo-Austr. 147, 00. Napoleon 8, 89.

Schlußcourse] Papierrente 70, 10. Silberrente 74, 50. 1854er Loos 102, 10. Bankaktien 99, 00. Nordbahn 1885, -. Kreditaktien 236, 00. Frankoien 303, 00. Galizier 244, 25. Nordwestbahn 143, 20. do. Lit. B. 65, 50. London 110, 35. Paris 43, 95. Frankfurt 92, 20. Böh. Westbahn -. Reditloos 166, 00. 1860er Loos 109, 00. Lomb. Eisenbahn 136, 00. 1864er Loos 138, 00. Unionbank 120, 25. Anglo-Austr. 146, 00. Austro-türkische, -. Napoleon 8, 89. Duafat 5, 25. Silberloupe 104, 50. Eiselsbahn 193, 59. Ungarische Prämienelei 82, 00. Preußische Banknoten 1, 63.

London, 16. November. Nachmittags 4 Uhr. Aus der Bank losen heute 89,000 Pfld. Sterl. Privatiskont 5½ a 5 pCt. 6 proz. ungar. Schabbonds 23½.

Der Geldstand zeigte keine wesentliche Veränderung; im Privatwechselverkehr betrug das Diskonto unverändert 3½-4 pCt. für erste Devisionen.

Die Österreichischen Spekulationspapiere, Kreditaktien Lombarden und Frankoien verhielten anfangs in fest, später weichender Tendenz; am meisten traten die ersten in Verkehr, auch Frankoien waren nicht unbewegt, während Lombarden vernachlässigt blieben.

Die fremden Fonds und Renten waren wenig fest; Österreichische Loos und Renten schwächer und mäßig lebhaft; Italiener, und Türken wenig verändert und still. Russische Pfundanleihen und Amerikaner waren teilweise gesetzt und fest.

Deutsche und Preußische Staatsfonds, sowie Landschaftliche Pfands- und Rentenbriefe hatten in recht festler H